



**SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS**

*Landesverband Sachsen-Anhalt*

Bürgerstraße 1, 39104 Magdeburg

**Bundesverband Deutscher Milchviehhalter e.V.**

**Herrn Peter Schuchmann**

**Steintor 2a**

**19243 Wittenburg**

Landesverband Sachsen-

Anhalt

Bürgerstraße 1

39104 Magdeburg

Fon: 0391 – 53656 – 0

Fax: 0391 – 53656 – 10

lv.sachsen-anhalt@spd.de

www.spdlisa.de

Deutsche Bank 24 Magdeburg

BLZ: 810 700 24

Magdeburg, *26.* Januar 2016

Sehr geehrter Herr Schuchmann,

vielen Dank für Ihr Schreiben und die Übersendung Ihrer Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2016.

Ich habe die FachpolitikerInnen der SPD und der Landtagsfraktion gebeten, Ihnen ausführlich inhaltlich zu antworten.

Unsere Stellungnahme finden Sie anliegend. Gerne stehen Ihnen unsere FachpolitikerInnen auch als Ansprechpartner und für Rückfragen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

**Katrin Budde**



## **1. Milchmarkt – Gemeinsame Marktordnung**

Zu Frage 1)

Eine Erhöhung der Milchpreise ist langfristig durch die Eroberung neuer Absatzmärkte möglich. Die Restaurierung des Milchquotensystems zur Senkung des Angebots halten wir für nicht sinnvoll, da auch das Quotensystem in der Vergangenheit extreme Preisschwankungen nicht verhindern konnte sowie darüber hinaus mit erheblichen Problemen z.B. Sofamelkern verbunden ist und damit die Entwicklung von Betrieben behindert. Kurzfristig sollten die Instrumente Interventionspreis und Lagerhaltung genutzt werden, um den Milchpreis zu stabilisieren. Von Seiten des Landes gibt es zudem für in Existenzschwierigkeiten geratene Milchviehhalter Stützungsmaßnahmen, wie z.B. Liquiditätshilfedarlehen, die vorzeitige Auszahlung von Betriebsprämien sowie die Möglichkeit des Flächenkaufs der Landgesellschaft mit Rückkaufoption. Diese Möglichkeiten sollen beibehalten und gestärkt werden.

Zu Frage 2)

Die Milchmengensteuerungskomponente des BDM wurde hinsichtlich seiner Auswirkungen auf den Milchpreis im Rahmen der Expertise Kriseninstrumente für den Milchmarkt vom Informations- und Forschungszentrum für Ernährungswirtschaft Kiel untersucht. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass die staatlich reglementierte Senkung der betrieblichen Milchmengen eher ungeeignet ist, um den Milchpreis zu stabilisieren. Die Autoren haben sich für die Anhebung des Interventionspreises, dem Ausbau der EU-Milchmarktbeobachtungstelle sowie die private Lagerhaltung ausgesprochen. Diese Ansätze werden von uns unterstützt.

Zu Frage 3)

Wir streben einen für die Betriebe auskömmlichen Milchpreis an, welcher über 34 Cent liegt. Ein konkreter Milchpreis als Zielmarke kann aber von der Politik nicht vorgegeben werden. Ein Milchpreisniveau zwischen 32 und 34 Cent dürfte zumindest langfristig für einige Unternehmen problematisch sein, um ein angemessenes Einkommen zu erzielen.

Zu Frage 4)

In Sachsen-Anhalt stehen überwiegend mittelgroße und große Milchviehbetriebe wenigen Molkereien gegenüber. Die Bildung von Erzeugergemeinschaften kann entsprechend der Privilegierung nach § 11 des Marktstrukturgesetzes positiv auf den Milchpreis für die Erzeuger wirken und wird von uns unterstützt. Eine Stärkung Markt- und wettbewerbskonformer Rahmenbedingungen sehen wir insbesondere auch im Bereich der Markttransparenz durch Marktinformationssysteme und Referenzpreismodelle. Außerdem sind Fusionskontrollen für die kartellrechtliche Beurteilung von Zusammenschlüssen und Kooperationen im Milchsektor vorzunehmen.

## **2. Gemeinsame EU-Agrarpolitik – Halbzeitbewertung 2017**

Zu Frage 1)

Die SPD unterstützt höhere Direktzahlungen für die ersten 30 ha, so wie sie bereits auf nationaler Ebene umgesetzt sind.

Zu Frage 2)

Eine Umschichtung von Direktzahlungen in die zweite Säule halten wir für vernünftig, um z.B. Investitionen in die artgerechte Tierhaltung zu fördern. Zudem können diese finanziellen Mittel zielgerichteter für die Entwicklung unserer ländlichen Räume genutzt werden.

Zu Frage 3)

Es ist nach unserer Auffassung davon auszugehen, dass es auch nach 2020 Direktzahlungen an landwirtschaftliche Betriebe geben wird. Begründete, gesellschaftlich für notwendig erachtete Leistungen sollten sich in den Anforderungen der guten fachlichen Praxis wiederfinden. Darüber hinausgehende ökologische Leistungen z.B. im Naturschutz sind im Rahmen der zweiten Säule durch Förderprogramme entsprechend zu honorieren.

Zu Frage 4)

Eine Bindung der Direktzahlungen an den Faktor Arbeitskraft ist zwar theoretisch möglich, dürfte aber aufgrund des damit verbundenen Verwaltungs- und Kontrollaufwands nicht realistisch sein. Der Faktor Arbeitskraft wird durch die investive Förderung in Stallanlagen zumindest indirekt gefördert.

## **3. Freihandelsabkommen (Ceta, TTIP u.a.)**

Zu Frage 1)

Bei Freihandelsabkommen kommt es auf ein hohes Maß an Transparenz und die konkrete Umsetzung an. Dabei sind Umwelt-, Verbraucherschutz-, Tierschutz- und Sozialstandards angemessen zu berücksichtigen.

Die erfolgreiche Umsetzung von Freihandelsabkommen setzt voraus, dass die Regelungen insbesondere im Umwelt-, Tier- und Verbraucherschutz auf der Basis wissenschaftlicher Grundlagen langfristig harmonisiert werden. Bis dahin ist die gegenseitige Anerkennung der Gesetzgebung z.B. im Bereich Gentechnik oder Pflanzenschutz zwingend geboten, um Wettbewerbsverzerrungen und Verunsicherungen der Verbraucher zu vermeiden.

Freihandelsabkommen bieten die Möglichkeit neue Märkte zu erobern, was auch für die Landwirtschaft von Vorteil sein kann. Agrarökonomien gehen davon aus, dass durch Freihandelsabkommen insbesondere der Export veredelter Milchprodukte (z.B. Käse) deutlich zunehmen wird.

Zu Frage 2)

Davon auszugehen, dass die Landwirtschaft aus den Verhandlungen ausgeklammert wird, ist nicht realistisch. Außerdem wäre damit das Risiko verbunden, dass zu einem späteren Zeitpunkt Regelungen getroffen würden, welche die Aspekte der Landwirtschaft deutlich geringer berücksichtigen. Freihandelsabkommen sollten zum Schutz der Landwirtschaft mit Beschränkungen und Kontingenten versehen werden, welche die Umwelt-, Verbraucherschutz-, Tierschutz- und Sozialstandards angemessen berücksichtigen.

#### **4. Agrarpolitische Ansätze auf Bundes- und Länderebene**

Zu Frage 1)

Seit Oktober 2013 läuft gegen Deutschland ein Vertragsverletzungsverfahren der Europäischen Union wegen mangelnder Umsetzung der EU-Nitratrichtlinie. Das macht eine zügige Novellierung des Düngerechts zwingend erforderlich. Mit dem im Dezember 2015 im Bundeskabinett verabschiedeten Entwurf des Düngegesetzes werden die notwendigen Voraussetzungen für einen besseren Datenabgleich und zur Einführung der Hoftorbilanz geschaffen. Wir begrüßen, dass die Hoftorbilanz für viehintensive Betriebe zum 01.01.2018 eingeführt wird.

Zu Frage 2)

Ja, zu einem modernen Verbraucherschutz gehört, dass die Herkunft und Zusammensetzung der Nahrungsmittel durchgängig und nachvollziehbar dokumentiert wird. Dies nutzt letztlich neben den Verbrauchern auch den Erzeugern, wenn z.B. Gütesiegel oder Regionalmarken gezielt nachgefragt werden können.

Zu Frage 3)

Das Gutachten „Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung“ des wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik beinhaltet Handlungsempfehlungen für eine am Tierwohl orientierte Nutztierhaltung, welche zügig umgesetzt werden sollten. Der damit verbundene Umbau der Tierhaltungssysteme sollte prioritär durch die Gemeinschaftsaufgabe für Agrarstruktur und Küstenschutz sowie die zweite Säule der EU-Agrarpolitik gefördert werden.



## **Leitbild der SPD zur Agrarpolitik der kommenden Wahlperiode**

Landwirtschaftliche Unternehmen brauchen für ihre Entwicklung verlässliche Rahmenbedingungen. In diesem Sinne steht die SPD für Kontinuität der von ihr mitgeprägten bisherigen Agrarpolitik in Sachsen-Anhalt.

Wir wollen allen ortsansässigen landwirtschaftlichen Unternehmen unabhängig von der Betriebs- und Rechtsform Entwicklungschancen bieten. Wir unterstützen rechtliche Rahmenbedingungen, die außerlandwirtschaftliche Investoren vom Bodenmarkt fernhalten. Ein Agrarstrukturgesetz, welches in die bestehende Agrarstruktur eingreift und Mehrfamilienbetriebe wie Agrargenossenschaften und GmbHs benachteiligt, wird es mit uns nicht geben.

Die gesellschaftlichen Anforderungen an die Landwirtschaft, insbesondere im Bereich der Nutztierhaltung, haben sich deutlich erhöht. Wir wollen die Landwirte dabei unterstützen, diesen Anforderungen gerecht werden. Dabei dürfen keine unrealistischen Forderungen gestellt werden; es gilt gemeinsam nach Lösungswegen zu suchen. Das Land soll hier seiner Vorbildrolle gerecht werden, indem Iden zu einem Kompetenzzentrum für artgerechte Nutztierhaltung ausgebaut wird.

Den Generationenwechsel in der Landwirtschaft wollen wir durch die Unterstützung von Junglandwirten bei der Übernahme von Betrieben und Geschäftsanteilen begleiten. Mitarbeiter in landwirtschaftlichen Unternehmen sollen das Recht zum Erwerb landwirtschaftlicher Flächen erhalten. Damit wollen wir eine breite Eigentumsstreuung in unseren ländlichen Regionen sichern.

Grüne Berufe haben Zukunft! Wir müssen den steigenden Anforderungen an den Berufsnachwuchs durch eine qualitative hochwertige und quantitativ angemessene Ausbildung gerecht werden. So soll z.B. jungen Agraringenieuren und Mastern der Zugang zum Lehramt an Berufsschulen erleichtert werden. Außerdem wollen wir die Potenziale unseres Landes im Bereich der Agrarforschung stärker nutzen, um in unseren ländlichen Räumen die Wertschöpfung zu erhöhen und Arbeitsplätze zu schaffen.

